

KT-Drucks. Nr. 049/2020

Landratsamt Böblingen, Postfach 1640, 71006 Böblingen

Der Landrat

Dezernent

Martin Wuttke
Telefon 07031-663 1201
Telefax 07031-663 1999
m.wuttke@lrabb.de

Az:

19.02.2020

Internationale Bauausstellung

Anlage 1
Anlage 2

I. Vorlage an den

Umwelt- und Verkehrsausschuss
zur Kenntnisnahme

16.03.2020
öffentlich

II. Bericht

In Anlehnung an die 1927 als Bauausstellung des Deutschen Werkbunds entstandene Weissenhofsiedlung verständigten sich Stadt und Region Stuttgart auf die Initiierung einer Internationalen Bauausstellung in der Region Stuttgart, der IBA 2027.de Stadtregion Stuttgart.

Nach Durchführung eines Ideenfindungsprozesses wurde eine entsprechende Projektgesellschaft (IBA 2027 GmbH) gegründet. Gesellschafter der IBA 2027 GmbH sind die Landeshauptstadt Stuttgart, der Verband Region Stuttgart und die Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH, die Architektenkammer Baden-Württemberg sowie die Universität Stuttgart.

Die Gesellschafter übernehmen anteilig die laufende Finanzierung der GmbH. Das Land Baden-Württemberg unterstützt die IBA 2027 GmbH in den Jahren 2018 bis 2027 mit insgesamt 2,5 Millionen Euro.

Als Intendant der IBA 2027.de Stadtregion Stuttgart und Geschäftsführer der IBA 2027 GmbH wurde Anfang 2018 Herr Andreas Hofer, Architekt aus Zürich, gewonnen. Die IBA 2027.de Stadtregion Stuttgart rief zur Einreichung erster Projekte auf. Dabei steht die Frage „Wie leben, wohnen, arbeiten wir im digitalen und globalen Zeitalter?“ im Fokus.

Die seitens der Vorhabenträger eingereichten Projekte müssen, um als IBA-Projekt qualifiziert zu werden, gewissen Anforderungen genügen. Die IBA 2027.de Stadtregion Stuttgart hat hierzu einen Kriterienkatalog veröffentlicht (Anlage 1). Ausgehend vom Zielbild eines produktiven, gerechten und lebenswerten Metropolraums im postfossilen Zeitalter sollen die einzelnen Projekte bauliche und städtebauliche Antworten auf die aktuellen Herausforderungen im Bereich stadtreionaler Identität, hoher baulicher Dichte, bezahlbaren Wohnraums, klimaverträglicher Mobilität, klimagerechter Stadtquartiere und wiederverwertbarer Baustoffe geben.

Angesprochen sind dabei in erster Linie Projekte der Stadtplanung und des Städtebaus. Entsprechend haben sich neben der Stadt Stuttgart auch viele größere Kommunen der Region mit eigenen Projekten beworben. Aus dem Landkreis Böblingen wurden Vorhaben aus Sindelfingen (Konversion Sindelfinger Krankenhausareal) und Böblingen (Postareal Böblingen) gemeldet. Bei beiden Projekten handelt es sich um Transformationen vorhandener Nutzungen bzw. Umwandlungen bestehender Gebäude. Entsprechende städtebauliche Entwicklungen stellen auch die große Mehrheit der eingereichten IBA-Vorhaben dar (Anlage 2). Einzelne Projekte, wie etwa „Die Zukunft der Gegenwart“ aus Ludwigsburg oder „Gemeinsam Weiterkommen“ aus Bad Boll, nehmen auch andere Aspekte, wie die Nutzung von Kunst für Stadtentwicklungsprozesse oder die Entwicklung einer nachhaltigen Mobilitätskultur abseits urbaner Zentren in den Blick.

Mangels eigener Planungshoheit hat sich die Kreisverwaltung im Rahmen der Projektfindung darauf konzentriert, Verbindungen zwischen Städten und Gemeinden oder regional bedeutsame Achsen in den Blick zu nehmen. Als mögliches gemeinsames Projekt wurde der Themenkomplex „Radschnellwege im urbanen Kontext“ identifiziert. Erste Projektüberlegungen eines beauftragten Städteplaners zeigten jedoch schnell auf, dass entsprechende Ideen nur im engen städtebaulichen Kontext, also unter dem Primat der Stadtplanung gesetzt werden können. Die so gefundenen Studien wurden dann als Impulse bei den betroffenen Städten eingespeist. Als tragend für ein eigenes IBA-Projekt oder ein Kooperationsvorhaben zwischen Landkreis und Kommunen erwiesen sie sich nicht.

Die Kreisverwaltung wird sich weiter aktiv um eine stärkere Wahrnehmung der IBA bemühen und im Rahmen ihres Wirkens IBA-Projekte vorschlagen bzw. initiieren. Mögliche Ansatzpunkte können sich aus dem derzeit im Abschluss befindlichen Klimafolgenanpassungskonzept des Landkreises ergeben, wobei auch die dort adressierten Punkte nur Ansätze einer kommunalen Stadt- oder Quartiersentwicklung sein können. Derartige Projekte lassen sich daher nur gemeinsam mit dem Träger der Planungshoheit, also der jeweils betroffenen Stadt oder Gemeinde, einreichen und verwirklichen.

Die Kreisverwaltung wird den Ausschuss über die weiteren Entwicklungen informieren.

A handwritten signature in blue ink, reading "R. Bernhard". The signature is fluid and cursive, with a large initial "R." followed by the name "Bernhard".

Roland Bernhard